

## Gemischte Gefühle

Die einen Personalratswahlen sind abgeschlossen, da stehen die nächsten schon vor der Tür. Gerade eben wurde der neue Gesamtpersonalrat und der Personalrat des PP Haus gewählt.

Die Stimmen im GPR verteilen sich wie folgt:

- GdP erhielt 68% aller Stimmen
- BdK 12%
- DPolG 10%
- eine so genannte unabhängige Liste ebenfalls 10%

Im Vergleich zu 2010 haben wir damit 2% unserer Stimmen verloren, der BdK 4,6% und die DPolG 3,1%. Erstmalig hat auf dieser Ebene eine so genannte unabhängige Liste 10% erreicht.

Jetzt könnte man sagen, fast das alte Ziel wieder erreicht, alles in Ordnung, vorwärts zu den nächsten Wahlen in den Direktionen Ende dieses Jahres/Anfang nächsten Jahres. So einfach ist es jedoch nicht. Besonders kritisch muss man die Wahlbeteiligung betrachten. Sie schwankte von Schutzbereich zu Schutzbereich zwischen 32% und 65%.

Hier muss man sich die Frage stellen, warum es uns nicht gelungen ist, mehr Kolleginnen und Kollegen zu mobilisieren? Da kann man sofort Gründe aufführen wie allgemeine Wahlmüdigkeit, Stellenabbau, erhöhter Arbeitsdruck, Motivationsprobleme, fehlende Beförderungen, Umstrukturierung mit der Folge, dass keiner so richtig weiß, wo sein Platz in der neuen Struktur ist, ob er sich bewerben kann/muss oder ob er gesetzt wird und vieles andere mehr. Sicherlich stimmen diese Argumente und man muss sie mit berücksichtigen. Unklar ist aber, warum in einigen Schutzbereichen über 30% der Wähler und in anderen über 60% der Wähler mobilisiert werden konnten. Und da muss man die eigene Arbeit kritisch hinterfragen. Offensichtlich ist es bei der Stimmenverteilung BdK und DPolG gelungen, mehr Stimmen zu erhalten, als sie Mitglieder haben. Wir haben unsere eigenen Mitglieder in einigen Bereichen nicht erreicht. Unser Wahlslogan „Mit Kompetenz gegen politische Unvernunft“ ist nicht von allen

Kolleginnen und Kollegen angenommen worden. Auch hier könnte man Gründe finden, warum es gerade zu diesem Ergebnis gekommen ist. Wer mit in Expertenkommissionen, Lenkungsausschüssen und Aufbaustäben sitzt, wird auch mit in die Verantwortung für die Ergebnisse genommen und dazu stehen wir als GdP. Nur von außen mit Flugblättern zu reagieren, hätte bei weitem nicht gereicht und die Speerschen Pläne wären ohne unsere Volksinitiative konsequent umgesetzt worden. Wir haben einiges verändert, aber wir können nicht alles verändern. Die Verantwortung für politische Fehlentscheidungen liegt nicht bei uns, aber es ist uns auch nicht gelungen zu erklären, warum und weshalb wir das eine oder andere nicht verhindern konnten bzw. Kompromisse eingegangen sind.

### Das Gespräch vor Ort ist durch nichts zu ersetzen

Auch haben wir teilweise gedacht, wir können mit E-Mails und Flugblättern bzw. Artikeln in „Deutsche Polizei“ überzeugen und haben zu wenig das Gespräch mit Kolleginnen und Kollegen vor Ort gesucht. Wir müssen in die Schichten, in die Kommissariate, zu unseren Tarifbeschäftigten, in die Verwaltung. Wir müssen mit unseren Kolleginnen und Kollegen diskutieren, noch stärker ihre Sorgen und Nöte und auch teilweise Ängste aufnehmen und ihnen Antworten geben. Wir müssen unsere Ziele und Vorstellungen erklären, diskutieren, zu gemeinsamen, noch besseren Lösungen kommen und ganz wichtig ist, sie auch gemeinsam umsetzen. Aber gerade in der jetzigen Phase brauchen wir starke Personalräte, um dem Innenministerium und dem neuen Landespolizeipräsidium klar zu machen, dass hinter uns die Masse der Beschäftigten steht. Rein rechnerisch ist es auch so. Wie gesagt, territorial sehr unterschiedlich. Hier müsste sich auch neben unseren Funktionären einige nicht wenige Kolleginnen und Kollegen die Frage stellen, warum sie nicht zur Wahl gegangen sind. Aus Enttäuschung, aus Verärgerung oder vielleicht auch nur aus

Bequemlichkeiten. Die GdP ist nicht nur eine Handvoll von so genannten Spitzenfunktionären, sondern die GdP Brandenburg, das sind 7400 Mitglieder. Und wenn unsere Kolleginnen und Kollegen nach kritischer Diskussion zur Wahl gehen, brauchen wir uns über die Ergebnisse keine Gedanken machen. Deswegen gilt meine Aufforderung an alle Kreisgruppen, aber auch an jedes einzelne GdP-Mitglied, diese Personalratswahlen kritisch nachzubereiten, weil – wie gesagt, die nächsten Personalratswahlen der örtlichen Personalräte in den Direktionen bereits vor der Tür stehen. Man sollte in diesem Zusammenhang auch überlegen, warum wir im Bereich der Tarifbeschäftigten bedeutend bessere Ergebnisse und eine höhere Wahlbeteiligung erreicht haben. Vielleicht sind bei ihnen die Sorgen und Ängste im Rahmen der Umstrukturierung am größten. Sie haben begriffen, wie wichtig es ist, eine starke Gewerkschaft und starke Personalräte zu haben. Im Umkehrschluss; vielleicht ist der eine oder andere Beamte mittlerweile mit seinem Status und seiner Stellung in der Brandenburger Polizei zu zufrieden.

Deutlich besser war das Wahlergebnis für das PP-Haus. Hier schwankte die örtliche Wahlbeteiligung zwischen 41 % und 79%. Ähnlich gute Ergebnisse konnten bei den Neuwahlen im ZD Pol und im ZIT erreicht werden. Vielleicht sind hier vor Ort die Probleme unmittelbarer und greifbarer, vielleicht auch unsere Funktionäre direkter ansprechbar und vielleicht wurde es dort auch verstanden, unsere Argumente überzeugender zu diskutieren.

Es muss zukünftig darum gehen, konkreter, basisnäher und überzeugender zu argumentieren. Es nützt nichts, auf erreichten Ergebnissen auszuruhen. Es nützt aber genauso wenig, alles nur schlechtzureden. Immerhin, es ist und bleibt ein überzeugender Sieg für die GdP, der aber hätte besser sein können und müssen.

*Andreas Schuster*

## Reizthema – Freie Liste

Was ist eigentlich eine Unabhängige Liste? Wovon ist sie unabhängig?

Es sind Mitglieder von Gewerkschaften, die sich selbst nicht eingebracht haben und damit in ihrer Gewerkschaft nicht in Erscheinung getreten sind. Für wen treten die Mitglieder dieser Liste ein und was wollen sie erreichen? Und wem sind sie eigentlich rechenschaftspflichtig?

Bei den Personalratswahlen zum Gesamtpersonalrat wurde durch mehrere Kolleginnen und Kollegen der Brandenburger Polizei eine so genannte „Freie Liste“ aufgestellt. Das bereits zum 2. Mal. Die Meinung zu einer so genannten Freien Liste geht weit auseinander. Die einen sagen, endlich haben mal einige Kolleginnen und Kollegen den Mut, gegen die großen etablierten Gewerkschaften aufzutreten und unabhängig von großer Gewerkschaftspolitik eine Freie Liste zu installieren. Nach dem Prinzip, man muss den Kleinen helfen, bekommen sie auch meine Stimme. Andere wiederum, zu denen auch ausdrücklich ich gehöre, verurteilen so genannte Freie Listen, weil sie uns nur schaden. In Brandenburg wird nach Personalvertretungsgesetz nach D'Hondt ausgezählt. Jede einzelne Liste hat bereits mit wenigen Stimmen die

Möglichkeit, in den Personalrat zu gelangen. Damit zersplittern wir unsere eigenen Möglichkeiten, selbst wenn auf diesen Freien Listen GdP-Mitglieder stehen. Das GdP-Mitglied muss sich jetzt entscheiden, wählt er die GdP-Liste oder eine so genannte Freie Liste. Und wer sich für diese Freie Liste entscheidet, schadet der GdP.

Es gibt in der GdP ein Grundprinzip. Jeder, der auf einer Personalratsliste steht und gewählt werden möchte, muss durch seine eigene Kreisgruppe basisdemokratisch aufgestellt werden. Kein einziger Vorstand, weder der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand, noch der Landesvorstand, noch ein Kreisgruppenvorstand hat das alleinige Recht, Kandidaten für die Personalratswahlen aufzustellen. Sie müssen auf Mitglieder- oder Kreisdelegiertenversammlungen bestätigt werden. Auf diesen Beratungen wird auch die Rang- und Reihenfolge festgelegt. Also egal, ob ein Andreas Schuster, eine Petra Schäuble, alle müssen sich diesem demokratischen Verfahren unterziehen. Er/sie hätte wie jedes andere Mitglied sich seiner Kreisgruppe stellen können und müssen, seine Vorstellungen und Ideen erläutern und dann wäre er ggf. auch Kandidat und vielleicht sogar ein Spitzenkandidat der GdP auf einer GdP-Liste gewesen.

Der „Hammer“ ist jedoch der Eintrag im Intranetforum unmittelbar vor der Personalratswahl zum „Hintergrund“ der unabhängigen Liste. Was stört sie angeblich?

**1. Warum setzt sich die GdP im Rahmen der Polizeireform für die Anbindung der Uckermark an die Direktion Ost ein?** Die Antwort ist ganz einfach, weil unsere Kolleginnen und Kollegen in der Uckermark entschieden haben, dass sie zur Polizeidirektion Frankfurt (O.) möchten. Hauptursache ist, dass sie bisher zum PP Frankfurt (O.) gehörten und es über Jahre hinweg gewachsene, gute dienstliche Kontakte zu handelnden Personen gibt. Daneben gibt es sicherlich auch gute Gründe im Bereich der polizeilichen Sacharbeit. Es sprachen Argumente für die Anbindung an die Direktion Nord (Übereinstimmung mit den Landgerichtsbezirken) und Argumente für die Anbindung an die Direktion Ost. Und dann gab es eine politische Entscheidung, die die GdP zur Kenntnis genommen hat. So einfach ist das.

**2. Warum kommt die GdP oder P-HPR bei Polizeireform scheinbar nicht vor?** Wer das behauptet, liest weder Intranet, noch Intranet, noch „Deutsche Polizei“, noch unsere sonstigen Informationen. Wir haben umfassend nach jeder Sitzung der Expertenkommission, des Lenkungsausschusses, der Aufbaustäbe und der örtlichen Aufbaustäbe unsere Kreisgruppen informiert. Wir haben Vorstellungen der GdP in allen Fachgremien und Vorständen über Wochen und Monate diskutiert. Und auch da hätten die Vertreter der so genannten unabhängigen Liste die Möglichkeit gehabt, sich jederzeit einzubringen. Nur hätten sie sich dann kritisch ggf. auch mit anderen Meinungen auseinandersetzen müssen. Ich persönlich habe keine Mail, kein Schreiben, keine Anfrage als GdP-Landesbezirksvorsitzender von diesen Kollegen in den letzten 1½ Jahre zu dieser Problematik erhalten.

**3. Der Hammer ist jedoch die These 3 – Warum lehnt die GdP die Einführung von Leistungsstufen und Leistungsprämien ab?** Das ist schlichtweg gelogen. Die GdP hat noch nie Leistungsstufen und Leistungsprämien abgelehnt, sondern sie hat und fordert sie immer noch ein. Das habe ich auch dem Spitzenvertreter der so genannten unabhängigen Liste in einem sehr langen Gespräch ausführlich erläutert. Es gibt für uns nur ein entscheidendes aber. Wir wollen zunächst, dass der enorme Beförderungsstau (über 2000 Kolleginnen und Kollegen stehen zur Beförderung an) aufgelöst wird, in dem ausreichend Beförderungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Erst wenn der Beförderungsstau aufgelöst wird, sollten finanzielle Mittel aus dem Personalbereich auf Leistungsprämien und -zulagen zur Verfügung gestellt werden. Eins muss uns allen klar sein. Beförderungen, Leistungszulagen und -prämien bis hin zum Weihnachtsgeld werden aus dem selben Personalhaushalt bezahlt. Und wenn es Zugeständnisse auf der einen Seite gibt, gibt es Kürzungen auf der anderen Seite. Wir würden ja gerade dieser Landesregierung in die Hände spielen, wenn wir Leistungsprämien und -zulagen auf Kosten von Beförderungen fordern würden. Eine Leistungsprämie oder -zulage wird einmalig ausgezahlt (eine Zulage evtl. über einen befristeten Zeitraum), muss versteuert werden und danach ist Schluss. Sie wirkt also nur kurzzeitig und ist vor allen



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: **Landesbezirk Brandenburg**

**Geschäftsstelle:**  
Rudolf-Breitscheid-Straße 64  
14482 Potsdam  
Telefon (03 31) 7 47 32-0  
Telefax (03 31) 7 47 32-99

**Redaktion:**  
Frank Schneider (V.i.S.d.P.)  
Rudolf-Breitscheid-Straße 64  
14482 Potsdam  
Telefon (03 31) 8 66 20 40  
Telefax (03 31) 8 66 20 46  
E-Mail: [PHPRMI@AOL.com](mailto:PHPRMI@AOL.com)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3 a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33  
vom 1. Januar 2011.

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42–50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-278X



**MEINUNG**

Dingen nicht pensionswirksam. Ich bekomme also einmalig eine Summe X und das war es. Und dafür sind wir erst dann, wenn weitgehend unsere Kolleginnen und Kollegen in ihren Funktionen befördert wurden.

Das, was hier also behauptet wird, ist schlichtweg falsch und purer Populismus. Wer sich auf diese Art und Weise, auf Kosten von 7400 Mitgliedern persönlich profilieren will, der soll es auch ehrlich sagen, zugeben und über seine Rolle in

der Gewerkschaft der Polizei dringend neu nachdenken. Wer sich profilieren will, was vollkommen legitim ist, sollte es kritisch und sachlich und vor allem demokratisch in der Organisation tun.

*Andreas Schuster*

**LANDESSENIORENGRUPPE**

# Rechtzeitig vorsorgen – alles zu Vorsorgevollmacht, Betreuungsverfügung, Patientenverfügung – der Vorsorgeordner

Es kann uns alle treffen. Unfall oder Krankheit – plötzlich ist man auf andere angewiesen. Die alltäglichen Dinge sind das eine. Das andere: wer trifft für mich Entscheidungen, wenn ich dazu allein nicht mehr in der Lage bin? Wer regelt meine Bankgeschäfte? Wer bestimmt, wie ich im Krankheitsfall behandelt werde? Das alles sind wichtige Fragen, mit denen wir uns alle rechtzeitig beschäftigen sollten. Oft ist von Vorsorgevollmacht die Rede. Aber was steckt dahinter? Ersatz für rechtliche Betreuung – Eine rechtliche Betreuung kann durch eine **Vorsorgevollmacht** weitgehend vermieden werden. In einer solchen Erklärung gibt die betroffene Person in gesunden Tagen für den Fall einer später eintretenden Geschäfts- und/oder Einwilligungsunfähigkeit (z.B. durch altersbedingten Abbau von geistigen Fähigkeiten) einem anderen die Vollmacht, im Namen der betroffenen Person zu handeln. Geregelt werden u. a. Angelegenheiten der Gesundheitsvorsorge und der Pflege, Aufenthalts- und Wohnungsangelegenheiten, der Vermögensvorsorge, Behördenangelegenheiten. Die Vorsorgevollmacht darf nicht mit einer Patientenverfügung verwechselt werden, in der nicht verfügt wird, wer handeln soll, sondern was der Bevollmächtigte im Fall unheilbarer Krankheit anordnen soll. Allerdings werden beide Erklärungen z. T. in einem Dokument zusammengefasst. Vollmachten sind grundsätzlich formfrei zulässig, können also mündlich erteilt werden. Die Errichtung in der Form notarieller Beurkundung ist aber sinnvoll und wichtig, da der Notar umfassend über die Rechtswirkungen und den Inhalt der Vorsorgevollmacht berät, Feststellungen zur Ge-

schaftsfähigkeit trifft und vor allem die Identität des Vollmachtgebers amtlich dokumentiert. Ferner schützt er vor einer inhaltlich fehlerhaften, ungenauen und/oder unzumutbaren Abfassung der Vollmacht. Vorsorgevollmachten müssen auch von Banken akzeptiert werden.

**Die Betreuungsverfügung**

Bei jedem kann jederzeit der Fall eintreten, der eine Betreuungsverfügung sinnvoll macht. Nach einem Unfall, einem (Hirn-)Infarkt, bei Alterserkrankung (Demenz), psychischer Erkrankung etc. kann schnell die Situation eintreten, dass der Betroffene selbst nicht mehr handlungsfähig ist und ein anderer für ihn handeln muss. Das für den Betroffenen örtlich zuständige Amtsgericht als Betreuungsgericht wird in diesem Fall erforderlichenfalls einen Betreuer bestellen. Auf dieses Verfahren kann man im Vorfeld Einfluss nehmen. Der Vorteil der Betreuungsverfügung ist, dass sie nur dann Wirkungen entfaltet, wenn es tatsächlich erforderlich wird. Das Betreuungsgericht hat bei der Auswahl eines Betreuers die in der Betreuungsverfügung getätigten Vorschläge in jedem Falle zu berücksichtigen. Dazu ist es allerdings erforderlich, dass dem Gericht die Vorlage einer Betreuungsverfügung bekannt ist. Was nützt mein Wille, wenn niemand davon weiß?

**Die Patientenverfügung**

Auch Patiententestament genannt, ist eine persönliche Handlungsanweisung für die Ärzte. Jeder kann auf diese Weise festlegen, welche Behandlung er zu welchem Zeitpunkt wünscht, wenn er dies selbst nicht mehr äußern kann. Wichtig ist dabei eine neue Festlegung im fünften Sozialgesetzbuch, dass Krankenversicherte zur Erstellung einer Patientenver-

fügung einen Anspruch auf ärztliche Beratung über Krankheitsbilder, Behandlungsmöglichkeiten und Folgen bei Abbruch oder Verweigerung der Maßnahmen haben. Die speziellen Maßnahmen, die ein Mensch am Lebensende verweigern will, müssen genau beschrieben sein. Dies ist die Grundlage für die medizinische Behandlung bzw. für deren Abbruch. So weit, so gut. Viele Informationen und viel Papier wie es scheint. Aber jeder muss für sich entscheiden und beurteilen, was benötigt wird. An der Stelle ist die Einrichtung eines Vorsorgeordners zu empfehlen. Nachfolgend die wichtigsten Dinge, die er enthalten sollte.

**Personenstandskunden** – Stammbuch (Geburts-, Heiratsurkunden, Sterbeurkunden, Scheidungsurteile).

**Vollmachten** – Vorsorgevollmacht, Betreuungsverfügung, Patientenverfügung (auch für Ehe- bzw. Lebenspartner), Vollmacht für Beihilfe- und Gehaltstellen, Unterlagen vom Versorgungsamt, Vollmacht für die Krankenkasse (bei Privatversicherungen), Bankkonten, Vermögen, Immobilien, Kredite, Steuerunterlagen, Verbindungen, Bank- und Finanzunterlagen, Wertpapiere, Steuer-Nr., Daueraufträge und Einzugsermächtigungen.

**Versicherungsunterlagen und -police**: Lebensversicherung, Sterbeversicherung, Unfallversicherung, Krankenversicherung, Rentenversicherungs-Nr.

**Verträge**: Mietverträge, Pachtverträge, Telefon- bzw. Internetanschluss, Kabelanschluss, Strom- und Gasanbieter, abonnierte Zeitungen.

**Mitgliedschaften**: Vereine, Parteien usw.

*Fortsetzung auf Seite 4*



## LANDESSENIORENGRUPPE

Fortsetzung von Seite 3

**Testament:** Gibt es ein Testament? Wo ist es hinterlegt?

**Behandelnde Ärzte:** Namen, Anschriften, Telefonnummern.

**Wer soll im Falle meines Todes benachrichtigt werden?** Auflistung von Personen mit Anschriften und Telefonnum-

mern, Krankenkasse, Bundesversicherungsanstalt, Kfz-Versicherung, Banken, Arbeitgeber, Vermieter, Gewerkschaft (Sterbegeld).

**Aufbewahrungsort von Dokumenten:** Personalausweis, Pass, Kfz-Schein, Kfz-Brief, Schwerbeschädigtenausweis, Impfpass.

**Haushaltsauflösungen:** Insbesondere

in Lebensgemeinschaften sollten hier Regelungen getroffen werden.

**Verbleib von Haustieren**

**Bestattungsart/Beisetzung:** Vorgaben für die Art und den Ablauf der Beisetzung/Trauerfeier.

*Sigrid Graedtko*

*Vorsitzende Landesseniorengruppe*

## SENIOREN

### Wir gehen bowlen, somit dann Spaß und Fitness holen!

Unter diesem Motto führte die Seniorengruppe der Kreisgruppe Cottbus/Spree-Neiße am 23. 6. 2011 ihr 1. Bowlingturnier im „Hubertusbowling“ des Waldhotels Cottbus durch. In zwei Durchgängen auf vier Bahnen kämpften 32 Seniorinnen und Senioren um die Plätze. Den drei Besten winkten attraktive Preise. Der Vorstand der Kreisgruppe stiftete darüber hinaus einen Wanderpokal für den Sieger. Diesen erkämpfte sich nun Dietmar Hoffmann (Foto) und soll

Ansporn und Verpflichtung zum Weiterbowlen im nächsten Jahr sein. Aber 2011 hieß es: „Glückwunsch, lieber Dietmar“!

Für langjährige Mitgliedschaft in der Gewerkschaft ehrte der Kreisvorstand drei Senioren mit der Urkunde für 50- bzw. 40-jährige Zugehörigkeit.

Dem Team, das dieses Turnier vorbereitete, danken wir ganz herzlich!

Es war ein gelungener Nachmittag und hat allen viel Spaß gemacht.

*Wolfgang Fabian, Seniorenvorstand*



*Mit vollem Einsatz*

*Bild: W. Fabian*

### Wenn zwei das Gleiche tun, muss es noch lange nicht ...

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der letzten Ausgabe unserer Zeitschrift nahm der GdP-Seniorenvertreter aus Sachsen-Anhalt, Wolfgang Jung, zum Thema „Versorgung“ Stellung. Bezogen auf den Antrag B32 auf dem 24. Ordentlichen Bundeskongress der GdP heißt es: „Mit der Verabschiedung des Versorgungsreformgesetzes im Mai 1998 wurde festgeschrieben, dass die so genannte ‚Versorgungslücke‘ für die Beamten/-innen in den neuen Ländern geschlossen wäre“.

Wie es in der Wirklichkeit, 13 Jahre nach der Verabschiedung dieses Reformgesetzes, in den neuen Bundesländern aussieht, auch darauf ist der Kollege Wolfgang Jung in seinem Artikel ausführlich eingegangen.

In der April-Ausgabe der „Deutschen Polizei“ teilte Michael Peckmann unter „Aktuelles“ mit: „Beratung mit dem GdP-Landesbezirk Berlin und dem Bezirk Bundespolizei am 30. März 2011 zu den laufenden Verfahren Pensionsberechnung beim Zusammentreffen von Rente und Pension“. Leider ohne aussa-

gekräftigte und befriedigende Ergebnismitteilung.

Beruft man sich nun beispielsweise auf das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 23. 6. 2005 bezüglich der vorübergehenden Erhöhung des Ruhegehaltes, gemäß § 14a BeamtVG. Hier heißt es: „... wird mit den erdienten Beamtenjahren die Mindestversorgung 35% nicht erreicht, gilt nunmehr: Für die Berechnung des Pensionsanspruches ist in diesen Fällen die Mindestversorgung von 35 von Hundert anzusetzen und durch die Anzahl der vorhergehenden Pflichtversicherungsjahre mit je 1 von 100 zu erhöhen (§ 14 a BeamtVG)“. Das Ruhegehalt würde sich neu zwischen 60 und 70% bewegen. Dies bedeutet eine monatliche Erhöhung von 300 bis 400 Euro für die betroffenen Kollegen.

Bereits im Informationsbrief vom 14. 2. 2006 hatte der GdP-Landesvorstand Brandenburg Innenminister Schönbohm und Finanzminister Speer aufgefordert mitzuteilen, wie sie dieses Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes in Brandenburg umsetzen werden (Neu-

berechnung und Nachzahlungen). Leider bis heute ohne positiven Anklang bzw. mit juristischer Verzögerung.

An dieser Stelle stellt sich die Frage, ob der derzeitige Innenminister Dr. Woidke und Finanzminister Markov, als Mitglieder der rot/roten Regierung, zwischenzeitlich durch den GdP-Landesvorstand ebenfalls aufgefordert wurden, dieses Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes in Brandenburg umzusetzen?

Letztendlich sind sie doch (speziell die Linke) für mehr soziale Gerechtigkeit angetreten.

An den Finanzen kann es nicht liegen, denn wer gegenwärtig wieder „Westbeamte“ mit einer Prämie (Busch-Zulage) nach Brandenburg lockt, siehe MOZ vom 5. 7. 2011, hat meines Erachtens auch die Mittel, den Senioren der Polizei zu ihrem Recht zu verhelfen. Es sei denn, sie sind wirklich Menschen zweiter Klasse und des Geldes nicht wert.

Oder soll diese Hinhaltenaktik so weitergeführt werden in der Hoffnung auf die biologische Lösung des Problems. Wie war das doch gleich mit der Würde





**SENIOREN**

des Menschen, sollte diese nicht geschützt und geachtet werden?

Ja, es ist eine Schande, dass wir Senioren der Polizei, welche jahrelang den Kopf hingehalten haben, nunmehr seit Jahren um die uns zustehende finanzielle Vergütung kämpfen müssen, bisher ohne Ergebnis, wie sich zeigt. Oder sind Gleichgültigkeit und Arroganz auch in

diesem Lande bereits soweit vorangeschritten, dass man sich für die Sorgen und Nöte ehemaliger Landesbediensteter, Pensionäre und Rentner nicht mehr interessiert?

In der Hoffnung, dass ihr eure Senioren nicht vergesst und bei dieser Problematik mehr Druck ausübt, verbleibe ich  
*mit freundlichen Grüßen*

**NACHRUFE**

Wir nehmen Abschied von unserem kürzlich verstorbenen Mitglied im Ruhestand, **Fred Spitz**.

Fred starb nach lange ertragener schwerer Krankheit im Alter von 70 Jahren. Mit ihm geht ein kritischer und zeitgeschichtlich interessierter Mensch und Polizist.

Wir Gewerkschafter der Kreisgruppe Uckermark werden sein Andenken in Ehren halten.

Prenzlau, im Mai 2011

*Kreisgruppe Uckermark  
Der Vorstand*

**AKTUELLES**

**Was sonst so passierte ...**

Unter dieser Überschrift informiert unser Gewerkschaftssekretär Michael Peckmann in Form eines „Tagebuches“ auszugsweise aus der Arbeit der GdP-Zentrale in Potsdam.

**6. Juni 2011**

In unserer Geschäftsstelle berät die GdP-Rechtsschutzkommission. Ich informiere über den aktuellen Stand unserer Musterverfahren Rente und Pension sowie Zuschuss § 4 2. BesÜV (Wuppertaler).

**7. Juni 2011**

Wir beabsichtigten, den Service-Partner für unsere Telefonanlage zu wechseln. Uns wird ein akzeptables Angebot unterbreitet.

**10. Juni 2011**

Wir sind zur Stellungnahme zum Gesetz Reform der Besoldung und Versorgung aufgefordert. Ich stelle alle Unterlagen dazu zusammen. Es sind mehrere 100 Seiten.

**14. Juni 2011**

Ausnahmsweise haben unsere beiden Mitarbeiterinnen gleichzeitig frei. Und in der Geschäftsstelle tagt der Fachausschuss Beamten- und Besoldungsrecht. Ich darf mal wieder die Kaffeemaschine bedienen ;-).

**15. Juni 2011**

Wir geben unsere Stellungnahme im Rahmen der 2. Stufe der Beteiligung zum Gesetz zur Anpassung der Besoldung und der Versorgungsbezüge 2011/2012 (Übernahme Tarifergebnis für die Beamten) ab. Wir fordern erneut eine Regelung zur vorherigen Zahlbarmachung der Erhöhung ein. Auch wenn diese für 2011 nicht mehr greifen kann, so jedoch für künftige Besoldungserhöhungen.

**15. Juni 2011**

Frist für die Stellungnahme zur Novellierung der Aufstiegsordnung gehobener Polizeivollzugsdienst (Aufstiegslehrgang). Ich fasse die Stellungnahmen un-

serer Kreisgruppen zusammen und leite die Stellungnahme der GdP Brandenburg direkt an das Innenministerium.

Ende der Personalratswahlen 14./15. Juni 2011. Wir werden am Abend über das Ergebnis der Stimmauszählung informiert.

**20./21. Juni 2011**

Schwerpunkt unserer Arbeit an diesen beiden Tagen ist die Stellungnahme der GdP zum Gesetzentwurf Besoldung und Versorgung; hauptsächlich Besoldung.

**22.-23. Juni 2011**

Sitzung des Landesbezirksvorstandes in Luckenwalde. Schwerpunktthemen sind u. a. Polizeistrukturreform, Personalratswahlen und die neue GdP-Struktur.

**24. Juni 2011**

Zusammenfassung der Stellungnahmen unserer Kreisgruppen zur Reform der Versorgung und Weiterleitung an den DGB.

**29. Juni 2011**

In einer Disziplinarsache verfasse ich eine Erwiderung zu einem Schreiben des Polizeipräsidiums an die Disziplinarkammer beim Verwaltungsgericht Potsdam.

**30. Juni 2011**

Letzter Arbeitstag vor meinem Urlaub. Ich arbeite noch soviel wie möglich ab und übergebe offene Vorgänge; denn die Arbeit in unserer GdP-Geschäftsstelle geht natürlich auch ohne mich weiter.

**TAUSCHGESUCH**

PHM aus Stuttgart (Baden-Württemberg) sucht dringend Tauschpartner (mittlerer Dienst) aus Brandenburg, am besten aus dem Bereich Cottbus (jedoch kein MUSS).

Bei Interesse bitte anrufen: 0 15 20/1 81 38 54.



Tief betroffen macht uns die Nachricht vom plötzlichen Tod unseres Kollegen **Wolfgang Kuberne**.

Er schlief am 4. 6. 2011 unerwartet und doch friedlich im Alter von 61 Jahren in seiner Wohnung ein.

Kollege Kuberne, der von 1974 bis 2008, zuletzt als Sachbearbeiter im Sachgebiet Prävention des Schutzbereiches Ostprignitz-Ruppin tätig war, hinterlässt seine Ehefrau.

Seinen Angehörigen gilt unsere aufrichtige Anteilnahme.

In ehrendem Gedenken nehmen wir Abschied von ihm.

*Die GdP-KG OPR*

**POLIZEI LEDERBLOUSON**

Polizei-Lederblousons, für Damen und Herren aus eigener Herstellung nach Leistungsbeschreibung und TL gefertigt. Lagerbestände können mit und ohne Beschriftung geliefert werden. Zusätzliche

Sonderausrüstung mit ausreißbarem Winterfutter. Zum Sonderpreis pro Stück von



Fa. J. Häckel  
Lederbekleidung / Lederhandschuhe  
Buldernweg 37/39 · 48163 Münster  
Tel.: 0251/785411 · Fax: 0251/787735  
j.haekkel-leder@gmx.de



*F. Mattis*  
seit 1880  
THE COOL FASHION COMPANY

Exklusiv für Mitglieder  
der Gewerkschaft der Polizei.  
Nur online erhältlich unter:  
<http://gdp.mattis-shop.de>

→ DAMIT KOMMEN SIE NICHT INS SCHWITZEN! ←



Informationen und Zug  
zum Online-Shop im  
Mitgliederbereich

[www.gdp.de/brande](http://www.gdp.de/brande)

**Geld  
sparen!**

Geld sparen - mit den Angeboten der  
GdP PolSERVICE GmbH



Katalogreisen  
Sonderreisen  
Ferienlager  
Autokauf

Infos, Buchungen, Bezugsscheine, Vertragsunterlagen bei GdP PolSERVICE GmbH  
03 31 / 74 73 20 Internet: [www.gdp.de/brandenburg](http://www.gdp.de/brandenburg)  
E-Mail: [GdP-Brandenburg@gdp-online.de](mailto:GdP-Brandenburg@gdp-online.de)



JUNGE GRUPPE

# Füße in den Sand, Hände in die Luft!

Am 14. 6. 2011 war es wieder mal soweit: Das 4. Beachvolleyballturnier der Jungen Gruppe der GdP hat stattgefunden. Vier Beachvolleyballfelder waren in der EJB Werbelinsee für das Turnier vorbereitet.



Begrüßung der Teams

Mit Beginn des Turniers gegen 9.00 Uhr strebten insgesamt 20 Teams aus der LESE, FHPol, den Schutzbereichen und der Signal Iduna nach den Pokalen und Medaillen. Trotz einer kurzen Dusche des Wettergottes haben sich die Teilneh-



Artistik in Vollendung



Sieger und Platzierte

mer nicht unterkriegen lassen und es wurden sehr interessante und hart umkämpfte Matches ausgetragen.

Die zwei besten Teams eines Feldes qualifizierten sich für die anschließenden Viertel- und Halbfinals. Gegen 15.00 Uhr folgte das spannende Finale.



Anspannung und volle Konzentration

Fortsetzung auf Seite 8





Fortsetzung von Seite 7

Am Ende standen folgende Platzierungen fest:

1. Willnow/Topolansky
2. Klawon/Gellert
3. Kremer/Schult
4. Gajewski/Alms



**Die Drittplatzierten**

Herzlichen Glückwunsch allen Platzierten und vielen Dank an alle Teilnehmer und Helfer. Ebenso ein Dank gilt den Sponsoren Signal Iduna, PSD Bank und blaucrowd.de. Und natürlich auch danke an die Kreisgruppen FHPol und LESE.



**Die Zweitplatzierten**

Ein großes Lob für die hervorragende Organisation an Mathias Ziolkowski. Bis zum nächsten Jahr.

**Gemeinsam sind wir stark!**

*Alexander Poitz  
Landesjugendvorsitzender  
Junge Gruppe*



**Das spätere Siegerteam beim Angriff**



**Mit vollem Einsatz**



**Küchenchef und Küchenjunge ;-)** Bilder: D. Nimptsch/M. Ziolkowski

